

Amtliche Bekanntmachung

Planfeststellungsverfahren nach § 68 Wasserhaushaltsgesetz (WGH), §§ 108 ff. Nds. Wassergesetz (NWG) und §§ 72 ff. Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG)

Hier: Herstellung eines Gewässers durch Trocken- und Nassabbau von Sand in der Samtgemeinde Oldendorf-Himmelpforten, Gemarkung Düdenbüttel

Bekanntmachung

Der Landkreis Stade führt ein wasserrechtliches Planfeststellungsverfahren nach § 68 Wasserhaushaltsgesetz (WHG), §§ 108 ff. Nds. Wassergesetz (NWG), §§ 72 ff. Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) für folgendes Vorhaben durch:

Herstellung eines Gewässers durch Trocken- und Nassabbau von Sand in der Samtgemeinde Oldendorf-Himmelpforten, Gemarkung Düdenbüttel;
Vorhabenträger: Heidelberg Materials Mineralik DE GmbH, Arberger Hafendamm 15, 28309 Bremen

Das Vorhaben liegt in der Gemarkung Düdenbüttel, Flur 4, Flurstücke 110, 111 und 114/2 und hat eine Größe von 13,09 ha, wovon 11,45 ha auf die eigentliche Abbaufäche und 1,64 ha auf den Erschließungskorridor und den 10 m breiten Sicherheitsstreifen entfallen. Der Abbau erfolgt zunächst im Trockenabbau, gefolgt von einem Nassabbau mit Herstellung eines Gewässers.

Der Plan (Zeichnungen und Erläuterungen) für das Vorhaben sowie die nach § 19 Abs. 2 UVPG auszulegenden Unterlagen liegen in der Zeit vom

21.05.2024 bis 20.06.2024

im Bürgerhaus Oldendorf, Zimmer 42, Schützenstraße 5, 21726 Oldendorf,

montags, dienstags, donnerstags u. freitags 8:00 – 12:00 Uhr
montags u. dienstags: 13:30 – 16:00 Uhr
mittwochs :8:00 – 12:00 Uhr (nur nach Terminvereinbarung)
donnerstags: 13:30 – 19:00 Uhr

während der o. g. Dienststunden zur allgemeinen Einsicht aus.

Diese Bekanntmachung kann auch im Internet unter <https://www.oldendorf-himmelpforten.de/die-samtgemeinde/aktuelles/amtliche-bekanntmachungen/> eingesehen werden. Die Unterlagen können außerdem während des Auslegungszeitraums auf dem UVP-Portal des Landes Niedersachsen (<https://uvp.niedersachsen.de>) unter dem Suchbegriff „Sandabbau Düdenbüttel“ eingesehen werden. Maßgeblich ist aber der Inhalt der vor Ort in Papierform ausliegenden Planunterlagen.

1. Jeder, dessen Belange durch die Planung berührt werden, kann bis einen Monat nach Ablauf der Auslegungsfrist,

das ist bis zum 22.07.2024

bei der Samtgemeinde Oldendorf-Himmelpforten, Mittelweg 2, 21709 Himmelpforten, oder beim Landkreis Stade, Amt Straßenverkehr, Harburger Straße 193, 21680 Stade, Einwendungen gegen den Plan schriftlich oder zur Niederschrift erheben.

Vereinigungen, die aufgrund einer Anerkennung nach anderen Rechtsvorschriften befugt sind, Rechtsbehelfe nach der Verwaltungsgerichtsordnung gegen die Entscheidung nach § 74 VwVfG einzulegen, können innerhalb einer Frist von einem Monat nach Ablauf der Auslegungsfrist (§ 21 Abs. 2 UVPG) Stellungnahmen zu dem Plan bei den zuvor genannten Stellen abgeben.

Mit Ablauf der Einwendungsfrist sind alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Dies gilt auch für die Stellungnahmen der Vereinigungen.

Bei Einwendungen, die von mehr als 50 Personen auf Unterschriftslisten unterzeichnet oder in Form vervielfältigter gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Einwendungen), ist auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite deutlich sichtbar ein Unterzeichner mit Namen, Beruf und Anschrift als Vertreter der übrigen Unterzeichner anzugeben. Anderenfalls können diese Einwendungen unberücksichtigt bleiben. Vertreter kann nur eine natürliche Person sein. Gleichförmige Eingaben können ferner unberücksichtigt bleiben, wenn Unterzeichner ihren Namen oder ihre Anschrift nicht oder unleserlich angeben.

2. Fristgerecht erhobene Einwendungen werden ggf. in einem Termin erörtert, der noch ortsüblich bekanntgemacht wird. Diejenigen, die frist- und formgerecht Einwendungen erhoben haben bzw. bei gleichförmigen Einwendungen die Vertreter, werden von dem Termin gesondert benachrichtigt. Sind mehr als 50 Benachrichtigungen vorzunehmen, so können diese durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden. Bei Ausbleiben eines Beteiligten in dem Erörterungstermin kann auch ohne ihn verhandelt werden.

3. Kosten, die z. B. durch Einsichtnahme in die Planunterlagen, Erhebung von Einwendungen, Teilnahme am Erörterungstermin oder Vertreterbestellung entstehen, können nicht erstattet werden.

4. Über Entschädigungsansprüche wird nicht in diesem Planfeststellungsverfahren, sondern ggf. in einem gesonderten Entschädigungsverfahren entschieden.

5. Über Einwendungen wird nach Abschluss des Anhörungsverfahrens durch die Planfeststellungsbehörde (Landkreis Stade) entschieden. Die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 50 Benachrichtigungen oder Zustellungen vorzunehmen sind.

6. Im Hinblick auf die Prüfung der Umweltverträglichkeit des Vorhabens (Nds. Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung- NUVPG / Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung - UVPG) wird auf folgendes aufmerksam gemacht:

Für das Vorhaben wird eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt. Zuständig für das Verfahren und für die Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens ist der Landkreis Stade als Planfeststellungsbehörde. Der Landkreis Stade steht auch als Ansprechpartner für Anfragen in Bezug auf das Beteiligungsverfahren im Rahmen der allgemeinen Beratungs- und Auskunftspflichten nach dem Verwaltungsverfahrensrecht zur Verfügung. Das Verfahren endet mit einem Planfeststellungs- oder Versagungsbeschluss. Die vom Vorhabenträger vorgelegten Unterlagen sind Bestandteil der Planunterlagen und liegen zur Einsicht für die Öffentlichkeit unter den auf Seite 1 angegebenen Bedingungen aus. Die Planunterlagen enthalten u. a. folgende entscheidungserheblichen Unterlagen über die Umweltauswirkungen:

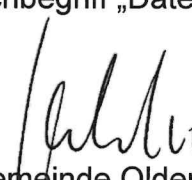
Übersichtskarte, Erläuterungsbericht, Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag, Berichte zu Biotoptypen, Brutvögeln und Fledermauskartierung sowie Kompensationsermittlung Wald.

Die betroffene Öffentlichkeit hat im Rahmen der Beteiligung Gelegenheit zur Äußerung zu den Umweltauswirkungen des Vorhabens. Für die Äußerung gelten die vorstehend beschriebenen Anforderungen zu Frist und Form der Einwendungen entsprechend. Die weiteren Ausführungen in dieser Bekanntmachung gelten ebenfalls entsprechend.

7. Hinweise zur Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO): Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit im Planfeststellungsverfahren erhobenen Einwendungen und darin mitgeteilte personenbezogene Daten werden ausschließlich für das Planfeststellungsverfahren von der Planfeststellungsbehörde erhoben, gespeichert und verarbeitet. Die persönlichen Daten werden benötigt, um die Betroffenheit beurteilen zu können. Sie werden so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen für die Aufgabenerfüllung erforderlich ist. Die Daten können an den Vorhabenträger und seine mitarbeitenden Büros zur Auswertung der Stellungnahme weitergegeben werden. Insoweit handelt es sich um eine erforderliche und somit rechtmäßige Verarbeitung aufgrund einer rechtlichen Verpflichtung gemäß Artikel 6 Abs. 1 Satz 1 c) DSGVO. Weitere Informationen finden Sie auf www.landkreis-stade.de unter dem Suchbegriff „Datenschutzerklärung“.

Stade, den 14.05.2024




Samtgemeinde Oldendorf-Himmelpforten
Holger Falcke
Samtgemeindebürgermeister

ausgehängt am:

abgenommen am: